

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nach den Verlusten in der Vorwoche konnten sich die meisten Aktienmärkte in den vergangenen Handelstagen wieder etwas erholen. Ungeachtet dessen weitet sich der Handelsstreit zwischen den USA und China mit den am Freitag in Kraft gesetzten US-Strafzöllen weiter aus. An den Staatsanleihemärkten bestimmten die Aussagen von Fed und einigen EZB-Ratsmitgliedern das Geschehen. Der Handel verlief mit Blick auf die Renditen aber in sehr überschaubaren Bahnen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr Portfoliomanagement

Union Investment Privatkunden



Marktticker

 Union Investment

Wöchentliche Information zu den Kapitalmärkten 6. Juli 2018

Inhaltsverzeichnis

Aktien:

- Aktienmärkte erholen sich
- Ausblick: USA gegenüber Europa favorisiert

Renten:

- Fed veröffentlicht Protokoll der Juni-Sitzung
- EZB fängt Märkte wieder ein
- Wenig Bewegung am Staatsanleihemarkt

Ausblick:

- USA: Verbraucherpreise
- Deutschland: ZEW
- Berichtssaison zum 2. Quartal beginnt

Kursveränderungen

Marktindikator	Stand	Wertentwicklung	
	am 06.07.2018 ca. 16:00	seit 29.06.2018	seit 29.12.2017
Dow Jones	24.368	0,4%	-1,4%
EURO STOXX 50	3.436	1,2%	-1,9%
Dax 30	12.449	1,2%	-3,6%
Nikkei 225	21.788	-2,3%	-4,3%
MSCI Emerging Markets	57.767	-1,3%	-5,1%
Euro-Leitzins	0,00%	0 BP	0 BP
Rendite 10-jähriger Bundesanleihe	0,29%	-2 BP	-14 BP
Iboxx Euro Sovereign	234,35	0,1%	0,6%
Spread EMU Unternehmen- zu EMU-Staatsanleihen	71	0 BP	27 BP
US-Leitzins	2,00%	0 BP	50 BP
Rendite 10-jähriger US-Treasury-Bonds	2,82%	-4 BP	41 BP
Euro-Wechselkurs in USD	1,18	0,6%	-2,1%
Ölpreis (WTI) in USD/Barrel	72,72	-1,9%	20,4%

Aktien

Aktienmärkte erholen sich

Nach den Verlusten der Vorwoche gestaltete sich die abgelaufene Handelswoche an den internationalen Kapitalmärkten freundlicher. Die Umsätze fielen geringer aus als in der hektischen Vorwoche, was zum Teil dem US-amerikanischen Unabhängigkeitstag am Mittwoch zu verdanken war, an dem die dortigen Börsen geschlossen hatten. Unterstützung kam für die europäischen Börsen von der politischen Seite, nachdem CDU und CSU einen Kompromiss in ihrem lang anhaltenden Asylstreit erzielen konnten. Belastend für die Aktienmärkte wirkte einmal mehr der schwelende Handelsstreit zwischen den USA und China. Ab dem heutigen Freitag treten 25-prozentige Sonderzölle der USA auf chinesische Importe in Kraft. US-Präsident Trump verhängte dabei Strafzölle auf hunderte chinesische Produkte im Gegenwert von 34 Milliarden US-Dollar. Auf diese Maßnahme hat Peking in gleicher Art und Weise geantwortet und als Reaktion seinerseits Sonderabgaben auf Einfuhren aus den USA verhängt.

In den Vereinigten Staaten entwickelten sich zu Wochenbeginn Technologie- und Finanzwerte schwächer als der Gesamtmarkt. Innerhalb des Technologiesegments waren insbesondere Halbleiteraktien in dieser Woche von Kursrückgängen betroffen. Hintergrund war hier das Verbot von Chip-Importen des US-Unternehmens Micron durch ein chinesisches Gericht. Dieses untersagte den Verkauf von 26 Chip-Produkten wie Arbeitsspeicher- und Flash-Speicherchips von Micron, nachdem der taiwanische Konkurrent UMC das Verbot im Rahmen einer Patentklage durchgesetzt hatte. Die Taiwaner werfen den Amerikanern vor, Patente bei Speicherchips und anderen Produkten verletzt zu haben. An der Börse sorgten die Neuigkeiten für eine deutliche Reaktion bei Micron-Aktien: Sie schlossen im New Yorker-Handel 5,5 Prozent tiefer, nachdem sie auf Jahressicht um über 70 Prozent angestiegen waren. Die negative Reaktion ist gut begründbar, schließlich erzielte der Chiphersteller im vergangenen Jahr die Hälfte seines gesamten Umsatzes im Reich der Mitte. Am Donnerstag konnten die US-Börsen

Zugewinne erzielen. Sie wurden insbesondere von den Technologieaktien angetrieben, die den höchsten Tagesgewinn seit mehr als einem Monat erzielen konnten.

Insgesamt notierten die weltweiten Aktienmärkte auf Basis des MSCI World-Index in der abgelaufenen Handelswoche etwas fester und gewannen 0,3 Prozent an Wert. Erfreulich entwickelten sich europäische Titel (Euro STOXX 50-Index plus 1,5 Prozent, DAX-Index plus 1,3 Prozent). Hingegen setzten die Schwellenländer ihre Verlustserie fort und verloren erneut auf Basis des MSCI EM-Index 1,4 Prozent. Insbesondere die asiatischen Schwellenländerindizes wiesen eine schwache Wertentwicklung auf. Auf Sektorebene (Basis STOXX Europe 600) konnten die Automobilwerte die Verluste aus der Vorwoche vollständig wettmachen und legten um 3,5 Prozent zu. Noch besser entwickelten sich Telekommunikationsunternehmen mit plus 3,7 Prozent.

Ausblick: USA gegenüber Europa favorisiert

Die globale Konjunkturdynamik hat ihren Höhepunkt überschritten. Dazu passt auch die Meldung vom Donnerstag, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) seine Wachstumsprognose für Deutschland von zuvor 2,5 Prozent für das aktuelle Jahr auf nun 2,2 Prozent gesenkt hat. Der IWF begründete dies mit den Risiken aus dem zunehmenden weltweiten Protektionismus und einem möglichen „harten“ Brexit. Eine nennenswerte Abschwächung der Weltwirtschaft oder gar eine Rezession sehen wir aber derzeit nicht.

Aufgrund der politischen Störfeuer, insbesondere beim Thema Handelsstreit, spricht vieles dafür, dass die Aktienmärkte auch in den kommenden Wochen stärkeren Schwankungen ausgesetzt sein dürften. Unterstützend sollte die bald beginnende Berichtssaison für das zweite Quartal des Jahres wirken, welche weiterhin gute Unternehmensergebnisse liefern sollte. Derzeit verzeichnen die Vereinigten Staaten die stärkste wirtschaftliche Dynamik, zudem wirkt sich die Steuerreform weiterhin positiv aus. Aufgrund der besseren konjunkturellen Aussichten präferieren wir derzeit Aktienanlagen in den USA gegenüber solchen in Europa und den Schwellenländern.

Renten

Fed veröffentlicht Protokoll der Juni-Sitzung

In der Berichtswoche waren es neben den politischen Themen (Koalitionsstreit innerhalb der deutschen Regierung, Handelsauseinandersetzung USA - China und Euroraum) vor allem die Notenbanken, die am Markt für Gesprächsstoff sorgten.

Die US-Notenbank Fed gab am Donnerstag das Protokoll ihrer jüngsten Sitzung von Mitte Juni bekannt. Auch dort war das Thema Handelsstreit - am heutigen Freitag traten die Strafzölle der USA in Kraft - ein zentraler Punkt. Die hiervon ausgehenden wirtschaftlichen Risiken sehen die Notenbanker als besorgniserregend an. Darüber hinaus sehen sich die Mitglieder der Notenbank hinsichtlich des Zinserhöhungspfades auf dem richtigen Weg. Die Fed bleibt wohl auf Autopilot und wird dementsprechend weiter erhöhen. Allerdings könnte eine Signalisierung anstehen, die darauf hindeutet, dass sich der laufende Zinsanhebungszyklus mittlerweile in einem fortgeschrittenen Stadium befindet. Bezüglich dieses Punktes könnte uns eine Änderungen in der Kommunikation der Fed bevorstehen. Weitere Ausführungen betrafen die Entwicklung der US-Zinsstrukturkurve. Die zu beobachtende Verflachung über die kurzen Laufzeiten gilt in der Kapitalmarktlehre als Indikator für eine anstehende Rezession. Diesbezüglich erscheint die Fed bislang kaum nervös. Diese wird dem Protokoll zufolge den Verlauf der Zinskurve aber weiter achtsam verfolgen. Ein weiterer Punkt betraf die strategische Ausrichtung der Bilanzsumme der Fed. Wird die Bilanzsumme weiterhin im bislang verfolgten Tempo reduziert und soll die Geldpolitik letztlich dauerhaft mit einer kleinen oder hohen Bilanzsumme betrieben werden? Hier kommt nun eine Grundsatzdiskussion in Gang, die uns wohl auf längere Zeit begleiten wird.

EZB fängt den Markt wieder ein

Neben der Fed stand auch die Europäische Zentralbank (EZB) im Rampenlicht. Die Märkte hatten jüngst darauf spekuliert, dass die EZB erst gegen Ende 2019 die Zinserhöhung angehen wird. Teils

reichten die Mutmaßungen der Marktteilnehmer bis Dezember 2019. Die EZB selbst hatte auf dem Anfang Juli im portugiesischen Sintra abgehaltenen Forum hierfür Munition geliefert. Mit der Aussage von EZB-Präsident Draghi, den Leitzins mindestens über den Sommer 2019 hinaus unverändert zu lassen, ergab sich viel Raum für Spekulationen. Dies war der EZB gar nicht recht. So wurde im Verlauf der Woche seitens verschiedener EZB-Mitglieder der Zeitpunkt wieder etwas relativiert. Genauere Angaben hat die EZB angesichts der zu beachtenden Einflussfaktoren dabei vermieden. Angesichts der in den vergangenen Tagen abgegebenen Kommentare kristallisiert sich mittlerweile nunmehr wieder der Herbst 2019 für einen ersten Zinsschritt heraus.

Ein weiterer Punkt in Bezug auf die Zentralbank war die Thematik Anleihekäufe. Das Programm wird zwar Ende 2018 wie angekündigt eingestellt, die ab diesem Zeitpunkt anfallenden Erlöse aus den fälligen Anleiheklassen werden jedoch wieder angelegt. Mit der Frage, wo die Erlöse investiert werden, kamen einige Dissonanzen auf. Die Deutsche Bundesbank machte hierbei auf sich aufmerksam und verwies auf die bislang geltenden Kapitalschlüssel. Denn zuletzt wurde spekuliert, dass die EZB hiervon abweichend etwas freier in der Verwendung der Anlagemittel handeln könnte und etwa die Erlöse fälliger Staatsanleihen aus dem Euroraum in den Unternehmensanleihemarkt umleiten könnte. Das Thema wird weiterhin viel Stoff für Spekulationen bieten.

Wenig Bewegung am Staatsanleihemarkt

Die Auswirkungen auf den Anleihehandel waren auch in der Berichtswoche wieder eher überschaubar. Die Zinskurven sowohl in den USA als auch in Deutschland lagen, bis auf die ganz langen Bereiche, unverändert. Dort gingen an beiden Märkten die Renditen um ein paar Basispunkte zurück. In der Peripherie kam es nach einer nur mäßig nachgefragten Neuemission spanischer Staatspapiere dann kurioserweise am italienischen Markt zu leicht steigenden Renditen respektive Spreadausweitungen. Aber auch dort verlief der Handel in der Berichtswoche in vergleichsweise engen Bahnen.

Ausblick

In der neuen Handelswoche stehen datenseitig die Verbraucherpreise aus einigen Ländern zur Veröffentlichung an. Am Donnerstag werden die Blicke auf die USA gerichtet sein. Die dortige Inflationsrate hat die von der US-Notenbank angestrebte Zielmarke von zwei Prozent bereits im Mai erreicht. Zumindest was die Kernrate, also ohne schwankungsanfällige Energie- und Nahrungsmittelkosten, angeht. Die Teuerung insgesamt nahm im Mai aufgrund gestiegener Benzinpreise um 2,3 Prozent zu. Die nun anstehenden Juni-Daten dürften angesichts der guten konjunkturellen Lage weiter ansteigen, wenn auch nur leicht. Der Konsens sowie die Kern- als auch die Gesamtrate betreffend liegt bei einem Anstieg von 0,2 Prozent gegenüber dem Vormonat. Die mit dem heutigen Freitag von US-Präsident Trump verschärfte Zollthematik könnte in naher Zukunft womöglich auch einen preistreibenden Einfluss auf die Teuerungsraten nehmen, insbesondere wenn dies im Automobilsektor zum Tragen kommen sollte. Angesichts der bislang zu beobachtenden und auch geschätzten weiteren Preisentwicklung wird sich die US-Notenbank mit ihrem nach oben gerichteten Zinspfad bestätigt sehen. Darüber hinaus stehen auch in China und in Frankreich die Teuerungsdaten an.

Von Interesse dürfte auch am Dienstag des ZEW-Index für Deutschland sein. Die unter 400 Analysten und institutionellen Anlegern ermittelten Erwartungen zur Konjunktur- und Kapitalmarktentwicklung dürften für den Juli einen weiteren Dämpfer erlitten haben. Nach schon deutlich rückläufigen Juni-Daten sollte vor allem der anhaltende Handelsstreit belasten und die Stimmung im Juli weiter in den Keller gedrückt haben.

Darüber hinaus kommt in der neuen Woche die Berichtssaison zum 2. Quartal ins Rollen. Am Freitag stehen dabei die ersten drei US-amerikanischen Großbanken (JP Morgan Chase, Wells Fargo und Citigroup) im Blickpunkt.

Termine

Montag, 09.07.18	DEU: Exporte (Mai)
Dienstag, 10.07.18	CHN: Verbraucherpreise (Jun.) FRA/ITA: Industrieproduktion (Mai) DEU: ZEW-Konjunkturerwartungen (Jul.)
Mittwoch, 11.07.18	JPN: Aufträge Maschinenbau (Mai) USA: Produzentenpreise (Jun.) Zinsentscheid der Kanadischen Notenbank
Donnerstag, 12.07.18	EWU: Industrieproduktion (Mai) FRA: Verbraucherpreise (Jun.) USA: Verbraucherpreise und deren Kernrate ohne Energie und Nahrungsmittel (Jun.)
Freitag, 13.07.18	USA: Vorläufiges Verbrauchervertrauen, ermittelt von der Universität Michigan (Jul.)

Disclaimer

Die Inhalte in diesem Dokument wurden von der Union Investment Privatfonds GmbH nach bestem Urteilsvermögen erstellt und herausgegeben. Eigene Darstellungen und Erläuterungen beruhen auf der jeweiligen Einschätzung des Verfassers zum Zeitpunkt ihrer Erstellung, auch im Hinblick auf die gegenwärtige Rechts- und Steuerlage, die sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern kann.

Als Grundlage dienen Informationen aus eigenen oder öffentlich zugänglichen Quellen, die für zuverlässig gehalten werden. Für deren Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit steht der jeweilige Verfasser jedoch nicht ein. Alle Index- bzw. Produktbezeichnungen anderer Unternehmen als Union Investment werden lediglich beispielhaft genannt und können urheber- und markenrechtlich geschützte Produkte und Marken dieser Unternehmen sein.

Alle Inhalte dieses Dokuments dienen ausschließlich Informationszwecken. Sie dürfen daher weder ganz noch teilweise verändert oder zusammengefasst werden. Sie stellen keine individuelle Anlageempfehlung dar und ersetzen weder die individuelle Anlageberatung durch die Bank noch die individuelle, qualifizierte Steuerberatung. Für die Eignung von Empfehlungen zu Fondsanteilen oder Einzeltiteln für bestimmte Kunden oder Kundengruppen übernimmt Union Investment daher keine Haftung.

Dieses Dokument wurde mit Sorgfalt entworfen und hergestellt, dennoch übernimmt Union Investment keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit. Es wird keinerlei Haftung für Nachteile, die direkt oder indirekt aus der Verteilung, der Verwendung oder Veränderung und Zusammenfassung dieses Dokuments oder seinen Inhalt entstehen, übernommen.

Stand aller Informationen, Darstellungen und Erläuterungen:
6. Juli 2018, soweit nicht anders angegeben.

Ihre Kontaktmöglichkeiten

Union Investment Service Bank AG
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt am Main
Telefon 069 58998-6060
Telefax 069 58998-9000
www.union-investment.de

Impressum

Union Investment Privatfonds GmbH
Investment Office
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt